

Ressort: Politik

Wirtschaftsministerium fürchtet wachsende Lohn-Ungleichheit

Berlin, 22.08.2017, 00:00 Uhr

GDN - Das Bundeswirtschaftsministerium warnt vor einer immer größeren Lohn-Schere in Deutschland. Die Lohnungleichheit verharre auf einem historisch hohen Niveau, heißt es in einem internen Faktenblatt des Ministeriums.

Das Papier macht deutlich, dass das Ministerium trotz zuletzt wieder steigender Reallöhne noch keine Entwarnung sieht. "Deutschland hat (nach wie vor) ein Lohnproblem", heißt es in dem Papier weiter. Vor allem die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen hätten vom Wirtschaftswachstum zu lange nicht profitiert. "Im Jahr 2015 waren die realen Bruttolöhne der unteren 40 Prozent zum Teil deutlich niedriger als 1995", moniert das Papier. Ein großer Teil der Bevölkerung hat damit heute weniger Kaufkraft als vor 20 Jahren. Dagegen hätten die oberen 60 Prozent teils ausgeprägte Zuwächse verbucht, heißt es weiter. "Die Schere bei den Löhnen ging also deutlich auseinander", stellen die Experten des Ministeriums fest. Zwar seien die Reallöhne seit 2013 in Deutschland mit einem Plus von 1,8 Prozent wieder deutlich gestiegen. Doch bestehe "weiterhin Nachholbedarf für Lohnsteigerungen". Damit schaltet sich auch das Wirtschaftsministerium von Brigitte Zypries (SPD) in den Wahlkampf und die Debatte um eine gerechtere Einkommensverteilung ein und fordert ein Umdenken. Das bedeute, dass ein Großteil "unserer Bevölkerung nicht mehr voran kommt", sagte Wirtschafts-Staatssekretär Matthias Machnig der "Süddeutschen Zeitung" (Dienstagsausgabe): "Den Kindern geht es auf einmal schlechter als ihren Eltern. Das ist nicht gerecht und ein Stachel im Zusammenhalt Deutschlands." Die Ministeriums-Führung fordert ein Umdenken: "Spielräume für bessere Löhne sind vorhanden. Sie sollten genutzt werden", sagt Machnig. "Untere Einkommen müssen entlastet werden. Für Frauen muss endlich das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit durchgesetzt werden. Zu vielen Menschen in unserem wohlhabenden Land geht es noch nicht so gut, wie es ihnen gehen sollte."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-93584/wirtschaftsministerium-fuerchtet-wachsende-lohn-ungleichheit.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com